Antrag A-01
AfA SPD-Bezirk Hannover

Empfehlung der Antragskommission
Annahme in der Fassung der AK

Rente als Lebensstandardsicherung

Die SPD setzt sich für eine umlagefinanzierte, solidarische gesetzliche Rente (GRV) als Hauptsäule der Altersvorsorge ein, die den Lebensstandard sichert und nicht zur Grundsicherung verkommt.
Die SPD setzt sich für ein gesetzliches Rentenniveau deutlich oberhalb von 50 Prozent ein, schafft die derzeit wirksamen Abschlagsfaktoren ab und erhöht die Beitragsbemessungsgrenze.
Die SPD führt eine Erwerbstätigenrente ein, in die alle einzahlen und in der alle Einkommensarten berücksichtigt werden.
Die SPD schafft die Riesterrente ab – bei Vertrauensschutz für bestehende Verträge.

Begründung
Die Umbrüche auf dem Arbeitsmarkt, die Ausweitung prekärer Arbeitsverhältnisse und gebrochene Erwerbsbiographien katapultieren die Rente zu einer Armutsvermeidungsmaßnahme: das ist nicht im Sinne der Rente, sie ist ein Mittel zur Lebensstandardsicherung.
Die betriebliche und private „Säule“ der Rentenversicherung bringt nicht die erhofften Erfolge und sind keine Schwerpunkte einer zukünftigen Rentenreform.